

Verantwortl. Redakteur: H. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: H. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.
Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Beizettel oder deren Name im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Nachkommen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Freitag, 29. März 1895.

Annahme von Inseraten Markt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler
G. L. Daube, Invalidendank. Berlin: Bernh. Arnk, Max
Gerstmann, Elberfeld W. Thienes. Graßwald G. Illies.
Halle a. S. J. L. Bark & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A.
Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-
furt a. M. Heimr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

E. L. Berlin, 28. März.
Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

51. Plenar-Sitzung vom 28. März,
11 Uhr.

Am Ministerische: Dr. Voss, Frhr. von
Hammerstein u. A.
Das Reliktengesetz für die evangelischen Geist-
lichen in den neuen Provinzen wird in dritter
Lesung ohne Debatte angenommen, ebenso in
zweiter Lesung die Novelle zum Reliktengesetz
für die evangelischen Geistlichen in den alten Pro-
vinzen.

Es erfolgt die Verlesung der Interpellation
der Abg. von Pflüg und von Wendel-Steinfels,
betr. Maßregeln zur Verhinderung der Verfallung
der Futter- und Düngemittel.

Minister Frhr. v. Hammerstein-Loge-
ten erklärt sich zur Beantwortung der Interpel-
lation bereit.

Abg. v. Wendel-Steinfels (Konf.) legt
dar, daß die bergegen Verfallungen offenkundig
zunehmen und namentlich den kleinen Landwirth-
schaften. Der deutsche Landwirthschafts-
rath habe sich für Abhilfe auf dem Wege der Ge-
sehbildung ausgesprochen, und alle Kulturländer
bitten solche Gesetze. Diese Forderungen durch
das in Aussicht stehende Gesetz über den un-
lauteren Wettbewerb zu treffen, genüge nicht, und
man wisse auch nicht, was der gegenwärtige
Landtag aus diesem Gesetz machen werde. Ein
Spezialgesetz sei notwendig, das solche Forderungen
als Beitrag befreie.

Der Landwirthschaftsminister antwortet,
daß zwischen der Staats- und der Reichsregierung
Verhandlungen über gesetzliche Maßregeln im
gewünschten Sinne schweben, und daß
wahrscheinlich ein besonderer Gesetzentwurf, wo-
möglich noch in dieser Session, an den Reichstag
gelangen werde.

Abg. v. Heydebrand und der Lasa
(Konf.) dankt für diese Erklärung, welche den Willen
der Regierung bezeuge, die landwirthschaftliche
Produktion zu verbessern. Aber die für den letz-
teren Zweck ausgedachten Mittel verschlagen
nichts, wenn der Landwirthschaft kein fester Ge-
treidepreis, der über den Produktionskosten stehe,
gewährleistet werde. Nachdem der Reichstag den
einigen gangbaren Weg dafür, den Antrag Kanitz,
abgelehnt habe, habe die Staatsregierung die
Pflicht, einen anderen Weg zur Hebung der Ge-
treidepreise vorzuschlagen. Es könne nicht zu ihrer
Autorität beitragen, wenn sie der prekären Lage
der Landwirthschaft abwartend gegenüberstehe.

Der Landwirthschaftsminister weist die
Zumuthung zurück, daß die Regierung eine solche
Pflicht habe, und daß der Antrag Kanitz hier in
Diskussion gezogen werde.

Abg. Vuedt (nkl.) spricht sich für ein
Gesetz gegen Futter- und Düngerverfälschungen
aus, betont aber die Schwierigkeiten der Kontrolle.
Abg. v. Köhler (Konf.): Die Regierung
habe bisher nur wohlwollende Worte, aber noch
keine Thaten für die nothwendende Landwirthschaft
gethan. Er sei kein begeisterter Anhänger des An-
trages Kanitz, aber die Noth sei so groß, daß
man auch zu außergewöhnlichen Mitteln greifen
müsse, um die Getreidepreise wenigstens stabil zu
machen. Die Regierung, und in erster Linie der
Landwirthschaftsminister als Staatsminister
verpflichtet, da ihr Wege zu finden; denn wenn
die deutsche Landwirthschaft zu Grunde ge-
he, könne auch das Reich nicht bestehen.

Der Landwirthschaftsminister führt aus, daß
er hier durch eine unglückliche Wiederholung der
Agrardebate überrascht werde, da das Haus be-
reits 4 Tage ausgiebig beschäftigt habe; nicht
minder durch das Verlangen, daß er in einer 21/
Monate langen Amtsperiode bereits allen Noth-
ständen hätte abhelfen sollen. Der Vorwurf der
Zätenlosigkeit gegenüber der Regierung sei un-
gerecht. Eine Menge Dinge würden vorbereitet,
die Brandwurstkennzeichnung bereits vor, und
die zur Zuckersteuer befähigt sich in der Arbeit.
Freilich werde ihm b. richte, daß die konfessionelle
Partei auf jenes Gesetz keinen Werth lege und,
falls der Antrag Kanitz nicht durchgehe, werde
lieber Alles noch mehr drunter und drüber gehen
lassen. Er sei sich bewußt, Alles gethan zu
haben, was in der kurzen Zeit möglich gewesen.
Die Herren sollten sich an Se. Majestät den
König wenden, daß er ihnen einen Minister gebe,
der mehr leiste und das ausführe, was er,
Medner, für unerfüllbar halte.

Abg. Gerlich (Konf.) tritt für die Anschau-
ungen des Ministers ein, der andererseits den
schwer durch die Lage bedrückten Landwirth
ihre Klagen nicht über nehmen möge. Zum
Gegenstand der Interpellation übergehend, stellte
der Medner das einschlägige englische Gesetz als
Muster hin und verweist auf das Beispiel
Schweden, das diese Materie abseits der Reichs-
gesetzgebung gesetzgeberisch geordnet habe.

Abg. v. Ploetz (Konf.) freut sich, daß die
Interpellation auch auf der linken Zustimmung ge-
funden, bittet aber, von der Mitwirkung des
Bundesrathes und Reichstages Abstand zu neh-
men, vielmehr ein preussisches Gesetz zu schaffen.
Die Landwirthschaft hätten auch heute noch volles
Vertrauen zu der Person des Landwirthschafts-
ministers; was würden aber die Wähler sagen,
wenn die Abgeordneten ihnen nach vier Monaten
vergeblichen Dargens gar nichts mitbrächten? Die
Ermäßigung der Düngertarife sei für dieses Jahr
zu spät gekommen. Wenn die Getreidepreise nicht
gehoben würden, werde der Bauer immer unzu-
riedener gemacht, und, vom Jode getrieben, werde
er der Sozialdemokratie anheimfallen. Der
Staatsrath habe auch auf ihn gelegte Vertrauen
nicht erfüllt; mit der Erklärung, daß der Antrag
Kanitz unumkehrbar sei, habe man die Land-
leute nur schrecken wollen. Zur Abwehr des
Nothstandes, der auch in den fruchtbaren Pro-
vinzen um sich greife, seien außer der Erhöhung
des Getreidepreises die Doppelwährung und eine
strenge Versteinerung notwendig.

Der Landwirthschaftsminister
lehnt es nachmalig ab, auf allgemeine
Erörterungen einzugehen. Für den Fall, daß
im Reichstage ein Gesetz gegen Ver-
fälschungen von Futter- und Düngemitteln nicht
mehr verabschiedet werden könnte, wolle er
aber am Erfolge, da die Zuständigkeit des Reichs,
anmal schon das Reichsgesetz gegen Nahrungs-
mittelfälschungen bestche, in Frage komme.

Abg. v. Pappenheim (Konf.) betont das
Recht der Landwirth, mit ihren Klagen nicht
nachzulassen, auch wenn sie keine klare Antwort

bekämen. Die Regierung trage durch die Handels-
verträge mit Schult, daß die Karre so verfahren
sei, und habe darum die Pflicht, sie wieder her-
anzukehren.

Der Landwirthschaftsminister
weist diese Anschauung des Redners als un-
berechtigt zurück.

Abg. Sattler (nkl.) glaubt, daß die
Agrarier mit der heutigen unerwarteten Debatte
der Agitation im Falle einer Reichstagsauflösung
vorbereiten wollen, und protestirt gegen die Be-
hauptung, daß der deutsche Bauernstand der
Sozialdemokratie anheimfallen könne; das könnte
nur in Folge der öffentlichen Verberbung bei
Einzelnen eintreten. Dies Haus habe nicht
nötig, auf die Stimmung der Massen Rücksicht
zu nehmen, wie vielleicht manches andere Parla-
ment. Es sei ein Widerspruch, daß man einen
Minister angreife, den die Fachgenossen doch für
hervorragend fachverständig hielten. Der Redner
spricht dafür, die Kreditanstalten dem Kleinbäuer
jünglicher zu machen.

Abg. v. Kiepenhausen (Konf.) verwahrt
seine Freunde gegen den Vorwurf demagogischer
Agitation und widerspricht der Auffassung, daß es
dem Landmann an Kredit mangle. Im Gegen-
theil sei vielfach Ueberfluthung die Ursache der
Nothlage. Das seine Freunde auf die Brand-
wurstkennzeichnung keinen Werth legen, sei unrichtig;
sie seien dankbar für jedes der „kleinen Mittel“,
das der Landwirthschaft zu Hilfe komme.

Abg. Frhr. v. Huene (Ztr.) erklärt seine
Zustimmung zu der Interpellation, ist aber nicht
einverstanden mit der Art, in welcher die Herren
von der Noth, mit denen er sonst viele Ver-
hältnisse habe, die allgemeine agrarische
Debatte führen; solche Art diene nicht zum Heil
des Vaterlandes. Der Redner legt alsdann an
der Hand der heute bekannt gegebenen Denkschrift
des Staatsrathes die Gründe dar, aus welchen er
von der Unausführbarkeit des Antrages Kanitz
und einer Monopolisirung des Getreidehandels
überzeugt ist.

Abg. Graf v. Limburg-Stirum (Konf.)
erklärt namens seiner Freunde, daß diese mit der
heutigen Debatte weder dem Minister, dem sie
gestern angegriffen sei, noch dem Hause hätten eine
Lehrerschaft bereiten wollen. Das Abgeordneten-
haus habe volles Recht, die Staatsregierung zu
fragen, wie sich dieselbe zu den im Reich
schwebenden Fragen stelle. Der Redner spricht
dem Landwirthschaftsminister volles Vertrauen
aus und hält die Debatte des Frhr. v. Huene
gegen den Antrag Kanitz nicht für unbillig; die
Zeit werde kommen, daß der Grundgedanke
des Grafen Kanitz seine Verwirklichung finde.

Abg. v. R. (nkl.) steht in der Ver-
fälschung der sich das Getreide einen Kultur-
fortschritt, der sich nicht rückgängig machen lasse.
Der Reichstag sei trotz seiner vorwiegend
agrarischen Zusammensetzung zu derselben Erkennt-
nis gekommen, indem er den Antrag Kanitz ab-
lehnte.

Abg. Graf Kanitz (Konf.) will der mor-
genigen Verhandlung seines Antrages im Reichstage
nicht vorzuziehen und hier nur den Einwirkungen des
Frhr. v. Huene begegnen. Ueberlegungsbestim-
mungen würden die Durchführung seines Vor-
schlages, wenn er Gesetz werden sollte, sehr er-
schweren. Daneben wolle er auf die dar-
gebotenen kleinen Mittel, von denen die Doppel-
währung und die Versteinerung die wichtigsten
seien, keineswegs verzichten.

Abg. K. (Konf.) legt seinen von seinem
Fraktionsgenossen Frhr. v. Huene in Aussicht
genommenen Antrag abweichenden Standpunkt
dar. Von der Reform der Brandwurstkenn-
zeichnung habe die Landwirthschaft keinen Nutzen haben.
Nachdem die Mehrheit der angeführten Redner
noch wiederholt das Wort genommen, wird die
Diskussion geschlossen.

Hierauf verliest sich das Haus.
Nächste Sitzung morgen 11 Uhr.

Tagesordnung: Kleine Vorlagen und zweite
Verhandlung des Gerichtsverfassungsgesetzes und der
Kartellgesetzgebungsreform.

Deutschland.

Berlin, 29. März. Der Kaiser hat für den
nächsten Monat eine Reise nach Kiel vorgezogen.
Auf besondere Anordnung des Monarchen wird die
kaiserliche Yacht „Hohenzollern“ am 1. April fer-
tig auf dem Strome liegen. Die Instand-
setzungsarbeiten werden durch Verlängerung der
Arbeitszeit eifrig beschleunigt. Besten Vernehmen
nach wird der Kaiser dem Stapellauf des Panzer-
schiffes 4. Klasse „P.“ beiwohnen. Da in den
nächsten Jahren kein Panzer vom Stapel laufen
wird, hat der bevorstehende Akt für den Monarchen
ein besonderes Interesse. Außerdem beschäftigt
Kaiser Wilhelm die erste Division des Manöver-
geschwaders vor Antritt ihrer großen Mittelmeer-
fahrt zu inspizieren. Die beiden 10,000 Tonnen-
Panzer „Kaiser Friedrich Wilhelm“ und „Brand-
enburg“ sind bereits in Kiel eingetroffen; die
„Wörth“ liegt innerhalb der Werft. Es ist die
erste größere Uebungsfahrt, welche die imposante
Panzerdivision unserer Flotte unternimmt. Den
überwiegenden Theil der Besatzung bilden die
deutschen Marine vor Augen geführt. Die Panzer-
schiffe fahren gemeinsam mit dem zur Vetheiligung
an der Gröfmann des Nord-Ostsee-Kanals be-
stimmten österreichisch-ungarischen Geschwader in
die Heimath zurück.

Nach der „Nat.-Ztg.“ wird im Börsen-
geschäftswesen ein Staatsminister vorgeschlagen,
den die gesamten Börsenbetriebe regelmäßig zu be-
aufsichtigen hat und der auch berufen wäre, die
Verfolgung etwaiger disziplinarer Verfehlungen bei
dem Ehrengeldt abhängig zu machen. Die
„Steuern“ meinet, daß das Vorgehen bereits
heute auf der Tagesordnung des Bundesrathes
steht.

Der Präsident des Reichstages von Buol ist
gestern aus der Zentrumsfraktion ausgetreten; der
Austritt hat natürlich nur formale Bedeutung, da
es bisher Gewohnheit gewesen ist, daß der Prä-
sident äußerlich einer Fraktion nicht angehört.

Die Hierarchie des Reichstages dürfte wahr-
scheinlich schon übermorgen beginnen und bis zum
23. April dauern.

Im Kultusministerium ist die seit langem
vorbereitete Reorganisationsliste für die im Entwurfe
festgestellt worden. Vor ihrer endgültigen Festlegung
soll den Aemtern Gelegenheit gegeben werden, sich
guthätig über den Entwurf zu äußern. In
diesem Zweck hat der Kultusminister, der „Nat.-
Ztg.“ zufolge, jetzt den Entwurf der Reorganisa-
tion zugehen lassen.

Der Präsident des Reichstages von Buol hat,
wie wir hören, das Verlangen der Sozialdemo-
kraten, in einer Resolution die Depesche des Kaisers
an den Fürsten Bismarck zur Sprache zu bringen,
endgültig zurückgewiesen.

Der Bundesrath hat in seiner heutigen
Sitzung dem Entwurf von Vorschriften betreffend
die Vermessung der Schiffe für die Fahrt durch
den Suezkanal, sowie der Vorlage betreffend die
Erweiterung des Bezirks der Norddeutschen Knapp-
schaffs-Pensionskasse in Halle a. S. die Zustim-
mung erteilt. Der Entwurf eines Regulativs
über den zollamtlichen Verkehr der Elbe und
ihre Nebenflüsse beabsichtigen die Schiffe nicht Aus-
fuhrvorschriften und der Antrag Preussens
wegen Zulassung der Privattransitlager ohne anti-
tollmäßigen Ausschluß für die in Nr. 9 des Zoll-
tarifs aufgeführten Waren wurden den zustän-
digen Ausschüssen überwiesen. Außerdem wurde
über verschiedene Eingaben Beschluß gefaßt. —
Als Bevollmächtigter zum Bundesrath für Typo-
denol ist vom Prinzregenten Prinzen Adolf zu
Schaumburg-Lippe der Kabinettsminister v. Wolff-
gramm und als Stellvertreter der großh. hessische
Gesandte H. v. Seel. Rath Dr. Reichardt bestellt
worden.

In den Tagen vom 20. bis 28. März
sind die preussischen Regierung- und Gewerbe-
räthe in der Ministerium für Handel und
Gewerbe versammelt gewesen. Die Konferenzen
verfolgten neben der Erörterung verschiedener den
Gewerbeaufsichtsdienst betreffender Fragen vor al-
lem die Erörterung der Frage, in welcher die Herren
der Durchführung der am 1. April d. J. in Kraft
tretenden Bestimmungen über die Sonntagsruhe
im Gewerbebetriebe durch eingehende Besprechung
etwaiger Zweifel und Schwierigkeiten zu erleich-
tern. Einen weiteren Gegenstand der Besprechung
bildeten verschiedene Fragen des Arbeiterwesens,
der Gewerbehygiene und der Wohlfahrtspflege,
woran sich Besprechungen von gewerblichen An-
lagen und gemeinnützigen Anstalten, die auf diesen
Gebieten besonders Bemerkenswerthes geleistet
haben, angeschlossen. Endlich wurden den Beamten
im Elektrotechnischen Laboratorium der Technischen
Hochschule in Charlottenburg vom Geheimen Re-
gierungsrath Dr. Staby Vorträge über die neue-
sten Ergebnisse der Elektrotechnik gehalten. Eine
allfällige Wiederholung dieser Konferenz der
Regierungs- und Geweberäthe ist in Aussicht ge-
nommen.

Gestern überreichte der Ausschuss zur
Kämpfung der Umsturzvorlage — zum Beginn
der zweiten Lesung der Umsturzvorlage in der
Kommission — theils dem Bureau, theils dem
Herrn Vorsitzenden der Kommission 4334 Unter-
schriften unter die Götter Petition, fast alle
innerhalb zweier Tage eingekommen; darunter die
Petitionen von 162 Stadträthen, Stadtverordneten,
höheren Kommunalbeamten u. dgl. Im Ganzen
gingen bisher ein: 7886 Unterschriften.

Die Großherzogin von Baden hat dem
arbeits Generalleutnant Grafen von Blumenthal
am Donnerstag eine große Aufmerksamkeit er-
weisen, indem sie demselben einen kostbaren, mit
Weiden und blauroten Rosen gefüllten Blumen-
korb überreichte.

Gegen die unbedeutende Haltung des Zen-
trums in Sachen der Bismarckfeier hat Graf
Matuschik, ein früherer ultramontaner Reichstags-
abgeordneter, Verwahrung eingelegt. Das Her-
ausmitglied Graf Weich-Porten, ein strenger
Katholik, ist in Friedrichshagen erschienen, mit der
ausgesprochenen Absicht, dadurch gegen die Hal-
tung des Zentrums zu protestieren, auch hat Frhr.
von Döhlen-Merode einen Protest in demselben
Sinne veröffentlicht, in dem es heißt: „Ich bin
davon überzeugt, daß dieses Verhalten der Zen-
trumsfraktion wohl bei dem größten Theil der
katholischen Bevölkerung Deutschlands die tiefste
Enttäuschung hervorgerufen hat“. Endlich wendet
sich ein Aufruf sächsischer Katholiken mit folgenden
kräftigen Worten: „An die deutschen Katholiken“:

Reitet eure Eide, wachet euch rein von dem
Verdachte, daß ihr Deutschlands größtes Schicksal
nicht ehren wollt! Euer Glaube hat mit der
Politik und der Verehrung deutscher Heiden nichts
zu thun. Denkt daran, daß unter euch viele sind,
die für Deutschlands Einheit und Größe auf dem
Schlachtfeld der Gedanken, das viele ihr Blut vergossen,
um den Wunsch aller Deutschen, auch der deutschen
Katholiken, zu erfüllen: „ein einziges Deutschland
zu haben!“. Nein, ihr wollt euer Deutschthum
nicht verleugnen, ihr seid mit der Meinungs-
äußerung eurer Vertreter im Reichstage
nicht einverstanden; ihr habt diese Männer
gewählt, damit sie eure Interessen auf weltwida-
tigem, friedlichem und politischem Gebiete ver-
treten, ihr habt diesen Männern aber nicht gesagt,
daß sie euch Schande bereiten und euer deutsches
Herz kränken — ihr seid nicht gewillt, dem
größten Staatsmanne unseres Jahrhunderts, um
den uns die ganze Welt beneidet und der noch
unter uns weilt, aber wie weit, wie lange noch!
— in seinem Geburtslande die verdiente Ehrung
zu verweigern, die ihm Wundtort, wenn er noch
lebte, nicht verweigert hätte, ebenso wie der Papst,
trotz früherer Meinungsverschiedenheiten, dem
Fürsten Bismarck diese Aufmerksamkeit er-
weisen hat.

Die „Berl. Corr.“ schreibt: Vor einiger Zeit
brachten Berlinerblätter eine Notiz, der zufolge
am Weinachtsfestabend mehrere Aufträge zur
Verhaftung von Schultern wegen Nichtleistung
des Offenbarungseides an Berliner Gerichtsvoll-
zieher gelangt sein sollten. Es sei dies geschehen,
um durch Verhinderung des Schulden aus dem Weis-
nachtsfest mitten aus dem Kreise seiner Familie
einen unmoralischen Zwang auszuüben. Die an-
geklagten eingehenden Erhebungen haben ergeben,
daß am Abend des 24. Dezember v. J. kein
wegen Nichtleistung des Offenbarungseides ver-
hafteter Schuldnern sich in den hiesigen Gefäng-
nissen befunden hat. Auch hat kein Gerichtsvoll-
zieher ermittelt werden können, dem ein Auftrag
zu einer Verhaftung an jenem Abende zuge-
gangen wäre.

Die Abg. Pöhlhoff (freisinn.), Burghardt
(nat.-lib.) und Camp (freisinn.) haben, von zahl-
reichen Mitgliedern der national-liberalen, freisinn-
lichen und konservativen Fraktion unterstützt,
im Abgeordnetenhaus den Antrag eingebracht,
die Regierung zu eruchen, sich in gleichmässiger In-
teresse der Landwirthschaft und Industrie die kräftig-
ste Förderung des einheimischen Glaswesens,
insbesondere durch die Ausnützung des bayerischen
Klosterweins mittels staatlicher Unterstützung
und durch Verwertung des inländischen Glases
für den Bedarf der Staatsverwaltungen, anlegen
zu lassen.

Die Verhandlungen über ein einheitliches
preussisches Wasserrecht dürften nach Abschluß der
Zusammenstellung und Verarbeitung der zahl-
reichen, von Behörden, Körperschaften und Einzel-
personen zur Sache erstatteten Gutachten voran-
schreiten unmittelbar nach Schluß der parla-
mentarischen Kampagne wieder aufgenommen
werden. Der Herr Minister für Landwirthschaft
beabsichtigt, an denselben, wenigstens soweit es
sich um die Erweiterung der grundlegenden Prin-
zipienfragen für den Aufbau des gesetzgeberischen
Planes handelt, persönlich theilzunehmen. Bei
dem Umfange des gesetzgeberischen Werkes und
den bei der Begutachtung hervorgetretenen zahl-
reichen Meinungsverschiedenheiten auch über Fra-
gen von grundlegender Bedeutung ist für diese
Verhandlungen eine längere Dauer in Aussicht
zu nehmen. Die Ausarbeitung des ersten Ent-
wurfes durch eine aus Vertretern der beteiligten
Staatsverwaltungen und des Reichsjustizamtes zusam-
mengeordnete Kommission hat bekanntlich drei volle
Jahre erfordert. Seit der Veröffentlichung des
Entwurfes ist gleichfalls bereits mehr als ein Jahr
verflossen.

Die Vorsicht, daß die Neuordnung des
materiellen Wasserrechts eine geraume Zeit in
Anspruch nehmen werde, hatte bereits den Aus-
schuß für die Unterfuchung der Hochwasserereig-
nisse bewogen, vorzuschlagen, daß die von ihm
berathene ansehnliche einheitliche Organisation der
wasserwirthschaftlichen Verwaltung nach den
Stromgebieten nicht bis zum Inkrafttreten des
neuen Wassergesetzes hinausgeschoben werde, son-
dern möglichst bald zur Durchführung gelange.
Ueber den auf dieser Grundlage auszuarbeiteten
Gesetzentwurf, welcher eine solche einheitliche wasser-
wirthschaftliche Verwaltung zunächst für die vier
großen Stromgebiete mit besonderer Strombau-
verwaltung unter den an dem betreffenden Stromgebiet
betheiligten Oberpräsidenten vorseh, sind gleich-
falls umfassende gutachtliche Äußerungen eingeholt
worden, bei denen die Meinungen ebenfalls sehr
weit auseinandergehen. Und zwar auch betreffs
der Frage, ob eine Uebernahme der Behördenorgani-
sation schon vor der Durchführung der Reform
des materiellen Wasserrechts vorzunehmen sein
würde. Auch die Beschäftigung des Staats-
ministeriums in der Angelegenheit dürfte nach
Abschluß der parlamentarischen Kampagne zu er-
warten sein.

Nachdem der Reichstag das Gesetz über
die Vornahme einer Berufs- und Gewerbeprüfung
im Jahre 1885 endgültig angenommen hat, wird
es möglich werden, die Arbeiten zur Vorbereitung
der Durchführung der beruflich für den
1. Juni d. J. in Aussicht genommenen
Zählung zu Ende zu führen. Zunächst wird der
Bundesrath sich endgültig über die nähere Ge-
staltung der Zählung schlüssig zu machen haben.
Der Reichstag hat eine Reihe von Wünschen in
den zu dem Entwurf gefaßten Resolutionen aus-
gesprochen. Der Bundesrath wird in eine Prüfung
dieser Resolutionen eintreten, und Beschluß fassen müssen.
Es liegen dem Bundesrath außerdem noch
Wünsche zur Entscheidung vor, die von einzelnen
Gewerbegruppen über die Eintheilung der Zählung
geäußert sind. Erst wenn der Bundesrath mit
diesen Vorbereitungen fertig sein wird, wird man
daran denken können, die Zählarten und sonst
nothwendigen Druckformulare, von denen bekannt-
lich Millionen gebraucht werden, herzustellen.
Die Zeit, welche uns von dem Zählungstermine
trennt, ist durchaus nicht lang. Man wird des-
halb die nöthigen Arbeiten eifrig fördern
müssen, um rechtzeitig zum Abschluß zu gelangen.

Von den Verhandlungen, Mittheilungen
und Berichten des Zentralverbandes deutscher In-
dustrieller ist ein neues Heft erschienen. Das
Heft enthält zunächst Berichte über die letzten
Sitzungen des Ausschusses und der Delegirten,
sowie die vom Zentralverbande an den Reichstag
gerichtete Petition betreffs der Klüftung des
deutsch-englischen Meißelbegünstigungsvertrages.
Sodann ist darin das Protokoll einer ad hoc
zusammengerufenen Konferenz von Interessenten
veröffentlicht, die sich mit der Erhöhung des
Zolles auf Kupferdruckwalzen beschäftigte, in-
dessen zu einem bestimmten Beschluß nicht kam. Schließ-
lich enthält das Heft eine Darstellung der zwi-
schen dem Ausschusse des Vereins für Sozialpolitik
und dem Geschäftsführer des Zentralverbandes
H. A. Bued wegen der Bekanntschaft von dem Ver-
fahren im Abgeordnetenhaus gemachten Äußerun-
gen gegenseitiger Erörterung, sodann Hifern zur
Unfall- und Invaliditäts- und Altersversicherung.

Im Reichstage erschien gestern der vom „Vor-
wärts“ angekündigte Antrag der Sozialdemokraten
betriffs des Telegramms des Kaisers an den
Fürsten Bismarck über den Reichstagsbeschluß
vom 28. d. M. nicht. Wie erzählt wurde, war
er im Bureau eingegangen, der neue Präsident
habe aber den Druck unterlag, weil jene persön-
liche Rundgebung des Kaisers nicht zum Gegen-
stand einer Reichstags-Verhandlung gemacht wer-
den dürfe. Das ist durchaus korrekt — aber wie
wird dieser Konflikt innerhalb derjenigen Weis-
heit, welche Herrn von Buol zum Präsidenten ge-
macht hat, verlaufen? Es wurde behauptet,
daß die sozialdemokratische Fraktion sich bei der
Entscheidung des Präsidenten nicht betheiligen
sollte, sondern die Angelegenheit doch zur Sprache brin-
gen wolle.

Das durch die Presse gehende Gerücht,
der vortragsende Rath im Kultusministerium
Wittliche Geheimnisse Ober-Regierungs-Rath Dr.
Schneider beabsichtige demnach in den Ruhestand
zu treten, kann dahin berichtigt werden, daß sich
Geheimrath Schneider allerdings mit dem Ge-
danken getragen hat, zum 1. Oktober d. J. zurück-
zutreten, daß er jedoch zur Freude seiner zahl-
reichen Verehrer nunmehr entschlossen ist, von einer
weiteren Verfolgung dieses Gedankens abzusehen.
Geheimrath Schneider erfreut sich, nachdem er im
vergangenen Herbst durch die geschickte Hand Pagen-
schers in den Wiederbesitz der Sehkraft gelangt
ist, vollster Gesundheit und Frische und wird
hoffentlich noch recht lange im Stande sein, in
seiner letzten Stellung leistungsfähig zu wirken.

Der Abg. Camp hat mit Unterstützung
verschiedener Parteien den Antrag im Abgeor-
dnetenhaus eingebracht: Die königliche Staatsregie-
rung zu ersuchen, Anordnung zu treffen, daß die
Staatsbetriebe beim Anlauf insbesondere von
Land- und forstwirthschaftlichen Erzeugnissen
die inländischen Erzeugnisse bevorzugen, bezw. soweit
es möglich ist, die Lieferung inländischer Erzeug-
nisse vorzuziehen.

Aus Hamburg ist folgende Depesche an den
Kaiser abgegangen worden:
„Er. Majestät dem Kaiser und König in
Berlin. Eure Majestät hätten wir anerkundigt,

den ehrendsten Dank der hiesigen Stadt für
die Allerhöchste Rundgebung über den empfinden
Beschluß des deutschen Reichstages vom 28. d. M.
allergebüßig entgegenzunehmen zu wollen. Har-
burg. Der Magistrat und das Bürgervereiner-
teilstium.“

Auf die Anregung des Vorsitzenden des
Eulengebirgs-Vereins, des Kreisfachlehrers
Tamm in Reichenbach, bedeuten die Gebirgs-
vereine an der Gule die Höhenpunkte des Gebirges
und die Vorberge zur Vereiner von Bismarcks
Geburtsort am 31. d. M., 8 Uhr Abends, mit
großen bengalischen Flammen beglückwünschen zu er-
leuchten. Die Hauptvorläufe des Eulengebirgs-
und des Stäger Gebirgsvereins sind angegangen
worden, ihre Versammlungen dazu zu bewegen, sich
einer Huldigung anzuschließen. Die gleiche Ein-
ladung ist an benachbarte einzeln stehende Vereine
in Rabenburg, Frankenstein, Strehlen, sowie die
Sektionen des hiesig-schlesischen Eulengebirgs-
vereins in Reife und Neustadt O.-S. ergangen
und schon theilweise zustimmend beantwortet
worden. Auch haben Großgrundbesitzer sich be-
reit erklärt, an geeigneten Punkten ihres Gebietes
große Feuer anzünden zu lassen.

Aus Petersburg kommt eine militärische
Mittheilung, welche unter der Fülle der Tages-
neuigkeiten, wie es scheint, unbeachtet geblieben ist,
aber große Beachtung verdient. Einer der
wunderlichen Punkte in der russischen Heeres-
organisation war die Organisation der Artillerie;
aber trotzdem sich seit 1878 gewichtige Stimmen
für eine Verbesserung in Folge der traurigen Rolle,
welche die russische Artillerie 1877—1878 fast
immer gespielt, ausgesprochen, und trotzdem sich
dieselben Mängel bei den Uebungsübungen seitdem
gezeigt hatten, über die so viel Klage geführt
worden war, blieb die Reform der Organisation
unerledigt. Die russische Artillerie kannte eine
organisatorische und taktische Ueberordnung der
Batterien der Artillerie — mit unseren Regimen-
ten vergleichbar — in hinreichende Unterabthei-
lungen bisher nicht; unter den Batterien standen
jeweils die Batterien, was namentlich bei acht
Geschützen pro Batterie einen höchst unangenehmen
Körper ergab. Zudem haben die Batteriescheife
eine ausreichende Gelegenheit, sich in der Leitung
und Ausbildung größerer Verbände zu üben. Die
taktische Fähigkeit der Truppe und ihrer Führer
ließ deshalb sehr viel zu wünschen übrig, wozu
namentlich die fälschlichen dringlichen Befehls-
gebote des Generals Dragoonow ein breites
Beispiel abgaben. Namentlich das Einnehmen
der Stellung durch mehrere Batterien und die
Leitung ihres Feuers erragten stets Tadel. Die
Leitung noch größerer Verbände ließ immer auf
unüberwindliche Schwierigkeiten, weil es an hin-
reichenden Uebungsübungen fehlte. Dem ist nun
in Zukunft bis zu einem gewissen Grade vorge-
beugt. Durch kaiserlichen Erlass sind nämlich
dieser Tage die Batterien der Garde-Artillerie,
der Feld-, Fuß- und Reserve-Artillerie in Grup-
pen (Divisionen) zu 3 und 2 Batterien einge-
theilt worden. Die Divisionen entsprechen unseren
Abtheilungen. Die neue Organisation, mit der
unsern verglichen, mag wohl noch wenig vom
Ideal entfernt sein, giebt es doch selbst bei uns
Stimmen, welche die Leitung von 3 Batterien zu
18 Geschützen durch einen Mann für sehr schwie-
rig halten. Wie dem sei, mit der Organisations-
reform ist es nicht geblieben, es werden noch viele
Jahre der praktischen und theoretischen Unter-
weisung vergehen, bis die russische Artillerie aus
der neuen Organisation den erhofften taktischen
Nutzen ziehen kann. Dafür genügt eine gute
Organisation und gutes Material keineswegs.

Bremen, 28. März. Auf der Fahrt der
Alltagsschiffahrt „Weiser“ liegt heute Nachmittag
3 Uhr das für die deutsche Marine erbaute Aviso
1. glücklicherweise vom Stapel. Das Schiff wurde auf
den Namen „Hela“ getauft. Die Taufe vollzog
der Korvettenkapitän v. Bodenhausen.

Frankfurt a. M., 28. März. Die „Frankf.
Ztg.“ erzählt aus Hamburg: Wie hier über den
deutsch-japanischen Handelsvertrag verhandelt, ist
Deutschland, unter der Voraussetzung eines gleich-
werthigen Gegenkommens Japans in den Tarif-
rungen, bereit, auf die Konfliktgerichtsbarkeit zu
verzichten. Die japanische Regierung zeigt Ge-
nehmigkeit, auf einen Theil der deutschen Forderun-
gen — aber das Abkommen mit England hinaus
— einzugehen.

Dranschwitz, 28. März. Der General-
major J. D. Freyher v. Strombeck zu Wankau-
ben hat jetzt folgende Erklärung veröffentlicht:
„Ich fordere sämtliche Familienmitglieder auf, jede
verwandtschaftliche Rücksicht mit dem Reichstags-
abgeordneten v. Strombeck abzugeben, der der
alten lutherischen Familie schon durch seinen Ueber-
tritt zum Katholizismus einen Schlag ins Gesicht
gab und nun durch diese erbärmlich unbedachte
Abstimmung im Reichstage unsere Achtung ver-
letzen haben muß.“

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 28. März. Das „Vaterland“ meldet
aus Graz: Der hiesige Gemeinderath hat vor-
gesetzt in vertraulicher Sitzung mit 32 von 46
Stimmen die Pflanzung einer Bismarck-Eiche be-
schlossen.

Wien, 28. März. Im Abgeordnetenhaus
hielt der Antifemiläuger heute wieder eine Brand-
rede, worin er nenerdings den Unterrichtsminister
Wittliche beschuldigte, Protektion durch Anstellung
und Beförderung von Verwandten zu üben. Was
dieser erklärte, er halte es unter seiner Würde,
vergleichen Vorwürfe zu beantworten und verweise
dies auf seine beschworene Amtspflicht, die ihm
gebe, bei Anstellungen und Beförderungen nur
die Qualifikation in Betracht zu ziehen. Kueger
erwiderte in der Antwort des Ministers ein volles
Schuldgeständnis. (Stürmischer Widerspruch bei
den Polen.)

Wien, 28. März. Der Maschinenfabrikant
Umratz, welcher den Bau von Lokomotiven in
Oesterreich einführt, ist gestorben.

Graz, 28. März. Die Festvorstellung zu
Ehren des Fürsten Bismarck wurde wegen be-
fürchteter Gemüthsstörungen der Sozialdemokraten
von der Polizei verboten. Die sozialdemokratische
Parteiliste veröffentlicht nun eine Erklärung,
daß sie niemals eine Störung des Bismarckfestes
beschlossen habe.

Frankreich.

Paris, 28. März. Die Deputiertenkammer
genehmigte mit 457 gegen 33 Stimmen ein viertes
provisorisches Budgetwörter.

Paris, 28. März. Zu Ehren des Prä-
sidenten des deutschen Reichsvereinsamtes Dr.
Bismarck fand heute im Restaurant „Wolff“ ein

und die in der That zu überbringen.